

Satzung der Gemeinde Rhede (Ems) über die Erhebung von Beiträgen, Gebühren und Kostenerstattungen für die Abwasserbeseitigung (Abgabensatzung für die Abwasserbeseitigung)

Aufgrund der §§ 6, 40 und 83 der Nieders. Gemeindeordnung (NGO) in der Fassung vom 22.06.1982 (Nds. GVBl. S. 229), zuletzt geändert durch Artikel I des Gesetzes vom 09.09.1993 (Nds. GVBl. S. 359) und des § 6 des Niedersächsischen Ausführungsgesetzes zum Abwasserabgabengesetz (Nds. AG AbwAG) in der Fassung vom 24.03.1989 (Nds. GVBl. S. 69, zuletzt geändert durch Gesetz vom 27.06.1992 (Nds. GVBl. S. 183), hat der Rat der Gemeinde Rhede (Ems) in seiner Sitzung am 24.11.1994 folgende Satzung beschlossen:

Inhaltsübersicht:

Abschnitt I:

§ 1 Allgemeines

Abschnitt II: Abwasserbeitrag

- § 2 Grundsatz
- § 3 Gegenstand der Beitragspflicht
- § 4 Beitragsmaßstab und Beitragssatz
- § 5 Beitragspflichtige
- § 6 Entstehung der Beitragspflicht
- § 7 Vorausleistungen
- § 8 Veranlagung und Fälligkeit
- § 9 Ablösung durch Vertrag

Abschnitt III: Abwassergebühr

- § 10 Grundsatz
- § 11 Gebührenmaßstäbe
- § 12 Gebührensätze
- § 13 Starkverschmutzerzuschlag
- § 14 Gebührenpflichtige
- § 15 Entstehung und Beendigung der Gebührenpflicht
- § 16 Erhebungszeitraum
- § 17 Veranlagung und Fälligkeit

Abschnitt IV: Erstattung der Kosten für (Haus- und) Grundstücksanschlüsse

- § 18 Kostenerstattungsanspruch

Abschnitt V: Gemeinsame Vorschriften

- § 19 Auskunfts- und Duldungspflichten
- § 20 Anzeigepflicht
- § 21 Datenverarbeitung
- § 22 Ordnungswidrigkeiten
- § 23 Inkrafttreten

ABSCHNITT I:

§ 1 Allgemeines

- (1) Die Gemeinde betreibt die zentrale Schmutz- und Niederschlagswasserbeseitigung nach Maßgabe der Satzung über die Abwasserbeseitigung (Abwasserbeseitigungssatzung) vom 07.12.1989 als eine öffentliche Abwasserbeseitigungseinrichtung.
- (2) Die Gemeinde erhebt nach Maßgabe dieser Satzung
 - (a) Beiträge zur Deckung ihres Aufwandes für die öffentliche Abwasserbeseitigungseinrichtung einschließlich der Kosten für den ersten Grundstücksanschluß (Abwasserbeiträge).
 - (b) Benutzungsgebühren als Gegenleistung für die Inanspruchnahme der öffentlichen Abwasserbeseitigungseinrichtung (Abwassergebühren).
 - (c) Kostenerstattung für (Haus- und) Grundstücksanschlüsse

ABSCHNITT II: ABWASSERBEITRAG

§ 2 Grundsatz

- (1) Die Gemeinde erhebt, soweit der Aufwand für die Abwasserbeseitigung nicht durch Abwassergebühren oder auf andere Weise gedeckt wird, für die Herstellung, Anschaffung, Erweiterung, Verbesserung und Erneuerung der öffentlichen Abwasseranlagen Abwasserbeiträge als Abgeltung der Möglichkeit ihrer Inanspruchnahme gebotenen besonderen wirtschaftlichen Vorteile. Dabei wird unterschieden nach Anschlüssen zur Beseitigung von Schmutzwasser und Niederschlagswasser.
- (2) Bei der Beseitigung von Schmutz- und Niederschlagswasser im Trennsystem beträgt der für die Niederschlagswasserbeseitigung der öffentlichen Verkehrsanlagen abzusetzende (durch Erschließungsbeiträge / Straßenausbaubeiträge zu finanzierende) Aufwandsanteil 50 v.H.

§ 3 Gegenstand der Beitragspflicht

- (1) Der Beitragspflicht unterliegen Grundstücke, die an die öffentliche Abwasserbeseitigungseinrichtung angeschlossen werden können und für die
 - (a) eine bauliche oder gewerbliche Nutzung festgesetzt ist, sobald sie bebaut oder gewerblich genutzt werden dürfen,
 - (b) eine bauliche oder gewerbliche Nutzung nicht festgesetzt ist, wenn sie nach der Verkehrsauffassung Bauland sind und der geordneten baulichen Entwicklung der Gemeinde zur Bebauung oder gewerblichen Nutzung anstehen,
 - (c) bereits eine bauliche oder gewerbliche Nutzung besteht.

- (2) Wird ein Grundstück an die öffentliche Abwasserbeseitigungseinrichtung tatsächlich angeschlossen, so unterliegt es der Beitragspflicht auch dann, wenn die Voraussetzungen des Absatzes 1 nicht erfüllt sind.
- (3) Grundstück im Sinne dieser Satzung ist grundsätzlich das Grundstück im Sinne des Grundbuchrechts. Mehrere solcher Grundstücke gelten dann als ein Grundstück, wenn sie eine wirtschaftliche Einheit bilden. Besteht bei wirtschaftlicher Betrachtungsweise für Teilflächen eines Grundstücks im Sinne des Grundbuchrechts eine selbständige Inanspruchnahmemöglichkeit, so ist jede solche Teilfläche als Grundstück im Sinne dieser Satzung anzusehen.

§ 4

Beitragsmaßstab und Beitragssatz

- (1) Der Abwasserbeitrag wird
 - (a) für die Beseitigung des Schmutzwassers nach der Fläche, die sich durch Vervielfältigung der Grundstücksfläche mit der Geschoßflächenzahl (zulässige Geschoßfläche) ergibt,
 - (b) für die Beseitigung von Niederschlagswasser nach der bebaubaren Fläche berechnet.
- (2) Als Grundstücksfläche im Sinne des Absatzes 1 Buchstabe a gilt:
 - 1. bei Grundstücken im Bereich eines Bebauungsplanes die Fläche, auf die der Bebauungsplan die bauliche oder gewerbliche Nutzungsfestsetzung bezieht,
 - 2. bei Grundstücken, die über die Grenze des Bebauungsplanes hinausreichen, die Fläche im Bereich des Bebauungsplanes, auf die der Bebauungsplan die bauliche oder gewerbliche Nutzungsfeststellung bezieht,
 - 3. wenn ein Bebauungsplan nicht besteht oder der Bebauungsplan eine andere als die bauliche oder gewerbliche Nutzung vorsieht
 - a) bei Grundstücken, die an die Straße mit öffentlicher Abwasseranlage angrenzen, die Fläche von der Straße bis zu einer Tiefe von höchstens 40 m
 - b) bei Grundstücken, die nicht an die Straße mit öffentlicher Abwasseranlage angrenzen oder lediglich durch einen zum Grundstück gehörenden Weg mit dieser verbunden sind, die Fläche von der zu der Straße liegenden Grundstücksseite bis zu einer Tiefe von höchstens 40 m
 - c) bei landwirtschaftlichen Gehöften (Voll- und Nebenerwerb) eine Beitragsfläche von 1.250 qm

In den Fällen des Satzes 1 Nrn. 1 bis 3 ist bei darüber hinausgreifender baulicher oder gewerblicher Nutzung des Grundstücks zusätzlich die Tiefe der übergreifenden Nutzung zu berücksichtigen.

- (3) Die Geschoßflächenzahl wird durch den Bebauungsplan festgesetzt. Fehlt im Bebauungsplan die Festsetzung der Geschoßflächenzahl, so ist sie entsprechend § 17 der Baunutzungsverordnung nach der festgesetzten Zahl der Vollgeschosse und der Grundflächenzahl zu ermitteln. Ist im Zeitpunkt der Entstehung der Beitragspflicht aufgrund einer Ausnahme oder Befreiung eine höhere Geschoßflächenzahl als die im Bebauungsplan festgesetzte zulässig oder ist bei bebauten Grundstücken eine größere als die nach dem Bebauungsplan zulässige Geschoßfläche vorhanden, so ist jeweils diese der Beitragsberechnung zugrunde zu legen.

Ist nach bauordnungsrechtlichen Vorschriften im Einzelfall nur eine geringere Geschoßfläche zulässig, so ist diese maßgebend. Für Grundstücke, für die in einem Bebauungsplan an Stelle einer Geschoßflächenzahl eine Baumassenzahl festgesetzt ist, gilt als Geschoßflächenzahl ein Drittel der Baumassenzahl. In den Fällen des § 33 des Baugesetzbuches ist die zulässige Geschoßfläche nach dem Stand der Planungsarbeiten zur Zeit der Planreife zu ermitteln. In Gebieten, für die ein Bebauungsplan nicht besteht, wird als zulässige Geschoßfläche für bebaute Grundstücke die tatsächlich vorhandene Geschoßfläche und als Geschoßflächenzahl für unbebaute Grundstücke die nach der durchschnittlichen Bebauung der Grundstücke in der näheren Umgebung ermittelte Geschoßflächenzahl zugrunde gelegt. Bei selbständigen Garagen- und Einstellplatzgrundstücken gilt (unabhängig von einer etwaigen Festsetzung im Bebauungsplan) die Zahl 0,5 und bei überwiegend Gewerbezwecken dienenden Grundstücken, für die eine bauliche Nutzung nicht zugelassen ist, die Zahl 0,8 als Geschoßflächenzahl.

- (4) Soweit die zulässigen Geschoßflächen nicht nach Absatz 3 ermittelt werden können, sowie in Gebieten, für die ein Bebauungsplan nicht besteht (§§ 34, 35 Baugesetzbuch), gelten die nachstehenden Zahlen als Geschoßflächenzahlen:
- a) Bei Kleinsiedlungen in jedem Fall = 0,3
 - b) bei überwiegend Wohnzwecken dienenden Grundstücken
 - bei 1 Vollgeschoß = 0,5
 - bei 2 Vollgeschossen = 0,8
 - bei 3 Vollgeschossen = 1,0
 - bei 4 und mehr Vollgeschossen = 1,1
 - c) bei selbständigen Garagen- und Einstellplatzgrundstücken in jedem Fall = 0,5
 - d) bei überwiegend Gewerbezwecken dienenden Grundstücken
 - ohne bauliche Nutzung = 0,8
 - bei 1 Vollgeschoß = 1,0
 - bei 2 Vollgeschossen = 1,6
 - bei 3 Vollgeschossen = 2,0
 - bei 4 und mehr Vollgeschossen = 2,2

Soweit ein Vollgeschoß eine lichte Höhe von mehr als 5 m hat, gilt abweichend von der vorstehenden Regel einheitlich die Geschoßflächenzahl von : 2,2.

- (5) Die bebaubare Fläche im Sinne des Absatzes 1 Buchstabe b wird
1. bei Vorhaben im Bereich eines Bebauungsplanes nach den darin festgesetzten überbaubaren Grundstücksflächen, sofern solche Festsetzungen getroffen worden sind
 2. bei Vorhaben während der Planaufstellung entsprechend der nach dem Stand der Planungsarbeiten vorgesehenen überbaubaren Grundstücksflächen
 3. bei Vorhaben innerhalb der im Zusammenhang bebauten Ortsteile sowie in Gebieten, in denen Festsetzungen durch einen Bebauungsplan nicht getroffen worden sind, unter Berücksichtigung der tatsächlich überbauten Grundstücksflächen der Grundstücke in der näheren Umgebung, oder sofern solche nicht vorhanden sind, durch Ansatz eines Viertels der Grundstücksfläche bestimmt.
- (6) Der Abwasserbeitrag beträgt je qm nach den Absätzen 1 bis 5 ermittelten Beitragsfläche (Beitragsmeßzahl) beim Anschluß an Abwasseranlagen zur Beseitigung von
- a) Schmutzwasser 5,00 DM
 - b) Niederschlagswasser 2,00 DM.
- Der Abwasserbeitrag ist auf volle 0,10 DM abzurunden.
- (7) Die Gemeinde kann abweichend von den Absätzen 1 bis 6 den der Beitragsrechnung für die Erweiterung, Verbesserung und Erneuerung der öffentlichen Abwasseranlagen zugrunde zu legenden Beitragsmaßstab und Beitragssatz durch gesonderte Satzung festlegen.
- (8) Unberührt von den Absätzen 1 bis 6 bleiben Vereinbarungen, nach denen der Anschlußnehmer zusätzliche Aufwendungen der Gemeinde zu tragen hat, die durch die besondere Lage des Grundstückes oder durch Mängel und Beschaffenheit der einzuleitenden Abwässer oder aus sonstigen technischen oder betrieblichen Gründen erforderlich werden.

§ 5

Beitragspflichtige

- (1) Beitragspflichtig ist, wer im Zeitpunkt der Bekanntgabe des Beitragsbescheides Eigentümer des Grundstückes ist; bei Wohnungs- und Teileigentum sind die einzelnen Wohnungs- und Teileigentümer nur entsprechend ihrem Anteil beitragspflichtig. Ist das Grundstück mit einem Erbbaurecht belastet, so ist anstelle des Eigentümers der Erbbauberechtigte beitragspflichtig. Mehrere Beitragspflichtige haften als Gesamtschuldner.
- (2) Bei Rechtsnachfolge gehen alle Verpflichtungen auf den Rechtsnachfolger über. Die etwaige persönliche Haftung des Rechtsvorgängers bleibt hiervon unberührt.

§6 Entstehung der Beitragspflicht

- (1) Die Beitragspflicht entsteht mit der Fertigstellung der öffentlichen Abwasseranlagen oder der Beendigung der sonstigen beitragsfähigen Maßnahme (§ 2 Absatz 1 Satz 1).
- (2) Im Falle des § 3 Absatz 2 entsteht die Beitragspflicht mit dem Anschluß, frühestens jedoch mit dessen Genehmigung.

§ 7 Vorauleistungen

Auf die künftige Beitragsschuld können angemessene Vorausleistungen verlangt werden, sobald mit der Durchführung der Maßnahme begonnen worden ist. Die Vorausleistungen werden nach dem für den Beitrag geltenden Maßstab erhoben. Eine entrichtete Vorausleistung wird bei der Erhebung des endgültigen Beitrages gegenüber dem endgültigen Beitragsschuldner verrechnet.

§ 8 Veranlagung und Fälligkeit

Der Abwasserbeitrag wird durch Bescheid festgesetzt und einen Monat nach Bekanntgabe des Bescheides fällig. Das gleiche gilt für die Erhebung einer Vorausleistung.

§9 Ablösung durch Vertrag

- (1) In den Fällen, in denen die Beitragspflicht noch nicht entstanden ist, kann die Ablösung durch Vertrag vereinbart werden.
- (2) Die Höhe des Ablösungsbetrages ist nach Maßgabe des in § 4 bestimmten Beitragsmaßstabes und Beitragssatzes zu ermitteln.
- (3) Durch Zahlung des Ablösungsbeitrages wird die Beitragspflicht endgültig abgegolten.

ABSCHNITT III: ABWASSERGEBÜHR

§ 10 Grundsatz

Für die Inanspruchnahme der öffentlichen Abwasseranlagen wird eine Abwassergebühr für die Grundstücke erhoben, die an die öffentlichen Abwasseranlagen angeschlossen oder in diese entwässern. Soweit der Aufwand durch Abwasserbeiträge gedeckt wird, werden Gebühren nicht erhoben. Die Abwassergebühr ist so bemessen, daß sie bei der Beseitigung von

- a) Schmutzwasser 100 v.H.
- b) Niederschlagswasser 50 v.H.

der Kosten im Sinne des § 5 Absatz 2 NKAG deckt. Die Gemeinde trägt die nach Satz 3 nicht gedeckten Kosten als Anteil für die Beseitigung des Niederschlags-

wassers der öffentlichen Verkehrsanlagen.

§ 11 Gebührenmaßstäbe

- (1) Die Abwassergebühr für die Beseitigung von Schmutzwasser wird nach der Abwassermenge berechnet, die im Erhebungszeitraum in die öffentliche Abwasserbeseitigungseinrichtung gelangt (unter den Voraussetzungen von § 13 auch nach dessen Verschmutzungsgrad).
Die Berechnungseinheit für die Gebühr ist 1 m³ Abwasser.
- Als in die öffentlichen Abwasseranlagen gelangt gelten
- (a) die dem Grundstück im letzten abgelaufenen zwölfmonatigen Ableszeitraum aus öffentlichen oder privaten Wasserversorgungsanlagen zugeführte und durch Wasserzähler ermittelte Wassermenge,
 - (b) die auf dem Grundstück gewonnene und dem Grundstück sonst zugeführte Wassermenge, soweit sie in die Abwasseranlagen gelangt.
 - (c) die tatsächliche eingeleitete Abwassermenge bei Bestehen einer Abwassermeßeinrichtung
- (2) Die Berechnung des Wasserverbrauchs erfolgt auf Grundlage der Angaben des für den Wasserbezug zuständigen Unternehmens (der für den Wasserbezug zuständigen Stelle).
- (3) Die Wassermengen nach Absatz 2 Buchst. (b) hat der Gebührenpflichtige der Gemeinde für den abgelaufenen Bemessungszeitraum von einem Kalenderjahr innerhalb der folgenden vier Monate anzuzeigen. Sie sind durch Wasserzähler nachzuweisen, die der Gebührenpflichtige auf seine Kosten einbauen muß. Die Wasserzähler müssen den Bestimmungen des Eichgesetzes entsprechen. Wenn die Gemeinde auf solche Meßeinrichtungen verzichtet, kann sie als Nachweis über die Wassermenge prüfbare Unterlagen verlangen. Sie ist berechtigt, die Wassermengen zu schätzen, wenn diese auf andere Weise nicht ermittelt werden können.
- (4) Hat ein Wasserzähler nicht richtig oder überhaupt nicht angezeigt, so wird die Wassermenge von der Gemeinde unter Zugrundelegung des Verbrauchs des Vorjahres und unter Berücksichtigung der begründeten Angaben des Gebührenpflichtigen geschätzt.
Dabei wird pro Person und Jahr von einer Wassermenge von 50 m³ ausgegangen.
- (5.)
- (a) Wassermengen, die nachweislich nicht in die öffentlichen Abwasseranlagen gelangt sind, werden auf Antrag abgesetzt, soweit sie im Kalenderjahr 60 m³ übersteigen.
 - (b) Der Antrag ist spätestens innerhalb von vier Monaten nach Ablauf des Erhebungszeitraumes bei der Gemeinde Rhede (Ems) einzureichen. Für den Nachweis gilt Absatz 3 Sätze 2 und 4 sinngemäß.

- (c) Die Gemeinde kann von den Abgabepflichtigen zum Nachweis der eingeleiteten oder abzusetzenden Abwassermengen (sowie des Verschmutzungsgrades) amtliche Gutachten verlangen. Die Kosten hierfür trägt der Gebührenpflichtige.
- (d) Bei landwirtschaftlichen Betrieben mit Großviehhaltung werden Wassermengen, die nicht in die öffentlichen Abwasseranlagen gelangt sind und sofern kein besonderer Wasserzähler vorhanden ist, auf Antrag in der Weise abgesetzt, daß pro Jahr je Großvieheinheit eine Wassermenge von 9 m³ abgezogen werden kann. Für das häusliche Abwasser ist jedoch mindestens von einer Wassermenge von 50 m³ pro Person und Jahr auszugehen.

§ 12 **Gebührensätze**

Die Abwassergebühr beträgt für jeden m³ Schmutzwasser , - DM.
Die Gebühr für das Niederschlagswasser wird durch eine gesonderte Gebührenordnung festgesetzt.

§ 13 **Gebührenzuschlag für Starkverschmutzer**

- (1) Bei Grundstücken, von denen aufgrund gewerblicher und/oder industrieller Nutzung überdurchschnittlich verschmutztes Abwasser in die öffentliche Abwasseranlage gelangt, wird eine Zusatzgebühr erhoben.
- (2) Als überdurchschnittlich verschmutzt gilt Abwasser, dessen Verschmutzung - gemessen am biochemischen Sauerstoffbedarf des Rohwassers (BSB 5) - um mehr als 20 % über dem Verschmutzungsgrad von häuslichem Abwasser liegt, bei dem von einem biochemischen Sauerstoffbedarf von 400 mg O₂/l ausgegangen wird.
- (3) Der Verschmutzungsgrad wird aus dem Mittelwert von sechs Messungen an Ort und Stelle im Laufe eines Veranlagungsjahres ermittelt. Hierzu werden der jeweils höchste und niedrigste Wert bei der Ermittlung des Mittelwertes nicht berücksichtigt. Die Gemeinde kann ein unabhängiges und unparteiisches Labor mit der Ermittlung der Meßwerte beauftragen. Der Gemeinde oder dem Beauftragten ist hierzu der Zutritt zur Probenahme zu jeder Zeit zu gestatten.
- (4) Die Kosten, die für die Ermittlung des Starkverschmutzerzuschlages notwendig sind, trägt der jeweilige Starkverschmutzer.
- (5) Die Zusatzgebühr beträgt für jede angefangene 10 % des erhöhten Verschmutzungsgrades 3 % der Gebühr nach § 12 Abs. 1.

§ 14 **Gebührenpflichtige**

- (1) Gebührenpflichtig sind die Eigentümer/-innen oder sonst dinglich Nutzungsberechtigten des Grundstückes. Gebührenpflichtig ist außerdem, wer die mit

der öffentlichen Abwasserbeseitigungseinrichtung gebotene Leistung in Anspruch nimmt.

- (2) Mehrere Gebührenpflichtige sind Gesamtschuldner.

§ 15

Entstehung und Beendigung der Gebührenpflicht

Die Gebührenpflicht entsteht, sobald der öffentlichen Abwasserbeseitigungseinrichtung von dem Grundstück Abwasser zugeführt wird. Sie erlischt, sobald der Grundstücksanschluß beseitigt wird oder die Zuführung von Abwasser endet.

§ 16

Erhebungszeitraum

- (1) Erhebungszeitraum ist das Kalenderjahr, zu dessen Beginn die Gebührenschuld entsteht.
- (2) Soweit die Gebühr nach den durch Wasserzähler/Abwassermeßeinrichtungen ermittelten Wassermengen erhoben wird (§ 11 Abs. 2 Buchst. (a)) gilt die Ableseperiode für den Wasserverbrauch als Erhebungszeitraum.
- (3) Bei Gebührenerhöhungen und bei Gebührensenkungen wird der erhöhte bzw. ermäßigte Gebührensatz zeitanteilig nach Tagen berechnet. Grundlage der Berechnung ist der durchschnittliche Wasserverbrauch/die durchschnittliche Abwassermenge je Tag bezogen auf die Ableseperiode.

§ 17

Veranlagung und Fälligkeit

- (1) Die Abwassergebühr wird durch Bescheid festgesetzt. Sie ist in vierteljährlichen Raten jeweils zum 15.02., 15.05., 15.08. und 15.11. des laufenden Jahres zu zahlen. Die Abwassergebühr kann zusammen mit anderen Abgaben angefordert werden. Von der vierteljährlichen Zahlungsweise können Ausnahmen zugelassen werden.
- (2) Entsteht die Gebührenpflicht erstmals im Laufe eines Kalenderjahres, so wird der Abschlagszahlung beim Schmutzwasser diejenige Abwassermenge zugrunde gelegt, die dem tatsächlichen Wasserverbrauch/der Abwassermenge des ersten Monats, hochgerechnet auf den Erhebungszeitraum, entspricht. Diesen Verbrauch/die Abwassermenge des ersten Monats hat der/die Gebührenpflichtige der Gemeinde auf Anforderung unverzüglich mitzuteilen. Kommt der/die Gebührenpflichtige der Anforderung nicht nach, so kann die Gemeinde den Verbrauch schätzen.
- (3) Das jeweilige Wasserversorgungsunternehmen kann gemäß § 12 Abs. 1 NKAG beauftragt werden, im Namen der Gemeinde die Ermittlung der Berechnungsgrundlagen, die Gebührenberechnung, die Ausfertigung und Versendung der Gebührenbescheide durchzuführen sowie die zu entrichtenden Gebühren entgegenzunehmen.

- (4) Der Gebührenbescheid kann gem. § 13 Abs. 1 NKAG mit dem Heranziehungsbescheid des Wasserversorgungsunternehmens für die Wasserversorgungsgebühr (das Wassergeld) zusammengefaßt erteilt werden.

ABSCHNITT IV: ERSTATTUNG DER KOSTEN FÜR (HAUS- UND) GRUNDSTÜCKSANSCHLÜSSE

§ 18

Kostenerstattungsanspruch

- (1) Die Aufwendungen für die Herstellung, Erneuerung, Veränderung und Beseitigung sowie die Kosten für die Unterhaltung der (Haus- und) Grundstücksanschlüsse an die öffentliche Abwasserbeseitigungseinrichtung sind der Gemeinde in der tatsächlichen Höhe zu erstatten.
- (2) Der Erstattungsanspruch entsteht mit der Beendigung der Maßnahme. Die Maßnahme ist beendet, wenn der jeweilige (Haus- und) Grundstücksanschluß betriebsfertig hergestellt bzw. beseitigt ist.
- (3) § 5 gilt entsprechend.
- (5) Der Erstattungsbetrag wird durch Bescheid festgesetzt und einen Monat nach Bekanntgabe des Bescheides fällig.

Abschnitt V: Gemeinsame Vorschriften

§ 19

Auskunfts- und Duldungspflicht

- (1) Die Abgabepflichtigen und ihre Vertreter haben der Gemeinde die für die Festsetzung und Erhebung der Abgaben erforderlichen Auskünfte zu erteilen.
- (2) Die Gemeinde kann an Ort und Stelle ermitteln.
- (3) Soweit sich die Gemeinde zur Erledigung der in § 17 Abs. 3 genannten Aufgaben eines Dritten bedient, haben die Gebührenpflichtigen zu dulden, daß sich die Gemeinde bzw. der von ihr nach § 17 Abs. 3 Beauftragte die zur Gebührenfestsetzung und -erhebung erforderlichen Berechnungsgrundlagen (Name, Anschrift und Wasserverbrauchsdaten) von dem Dritten mitteilen bzw. über Datenträger übermitteln läßt.

§ 20

Anzeigepflicht

- (1) Jeder Wechsel der Rechtsverhältnisse am Grundstück mit Auswirkungen auf die Abgabepflicht ist der Gemeinde sowohl vom Veräußerer als auch vom Erwerber innerhalb eines Monats schriftlich anzuzeigen.
- (2) Sind auf dem Grundstück Anlagen vorhanden, die die Berechnung der Abgaben beeinflussen, so hat der Abgabepflichtige dies unverzüglich der Gemeinde schriftlich anzuzeigen. Dieselbe Verpflichtung besteht für ihn, wenn solche Anlagen neu geschaffen, geändert oder beseitigt werden.

§ 21

Datenverarbeitung

- (1) Zur Ausführung dieser Satzung darf/dürfen die mit der Ermittlung, Festsetzung und Erhebung von Abwassergebühren, Abwasserbeiträgen und Kosten-erstattungen befaßte(n) Stelle(n):
 - a) Gemeinde Rhede (Ems),
 - b) Wasserversorgungsunternehmen soweit nach § 17 Abs. 3 beauftragt,die hierfür erforderlichen personen- und grundstücksbezogenen Daten: Vor- und Zuname sowie Anschrift des Grundstückseigentümers, und Wasserverbrauchsdaten verarbeiten.
- (2) Die in Absatz 1 genannte(n) Stelle(n) darf/dürfen die für Zwecke der Grundsteuer, des Liegenschaftsbuches, des Melderechts und der Wasserversorgung bekanntgewordenen personen- und grundstücksbezogenen Daten für die in Absatz 1 genannten Zwecke nutzen und sich diese Daten vom Steueramt, Grundbuchamt, Einwohnermeldeamt, Bauamt und Wasserwerk übermitteln lassen.
- (3) Die Weitergabe nach Absatz 2 darf auch regelmäßig und im Wege automatisierter Abrufverfahren erfolgen. Dies gilt hinsichtlich der Übermittlung der Verbrauchsdaten der Wasserversorgung auch für Dritte i.S. des § 12 Abs. 2 NKAG. Zur Kontrolle der Verarbeitung sind folgende Maßnahmen getroffen: Vergabe von Benutzerkennungs- und Paßwörtern

§ 22

Ordnungswidrigkeiten

- (1) Ordnungswidrig im Sinne von § 18 Abs. 2 Nr. 2 NKAG handelt, wer vorsätzlich oder leichtfertig
 1. entgegen § 11 Absatz 3 der Gemeinde nicht die Wassermenge für den abgelaufenen Bemessungszeitraum innerhalb des folgenden Monats schriftlich anzeigt.
 2. entgegen § 11 Abs. 3 Satz 2 keinen Wasserzähler einbauen läßt.
 3. entgegen § 13 Abs. 3 Satz 4 der Gemeinde oder dem Beauftragten den Zutritt nicht gestattet.
 4. entgegen § 17 Abs. 2 Satz 2 der Gemeinde auf Anforderung nicht den Verbrauch des ersten Monats unverzüglich mitteilt.
 5. entgegen § 19 Abs. 1 die für die Festsetzung und Erhebung der Abgaben erforderlichen Auskünfte nicht erteilt.
 6. entgegen § 19 Abs. 2 verhindert, daß die Gemeinde an Ort und Stelle ermitteln kann und die dazu erforderliche Hilfe verweigert.
 7. entgegen § 20 Abs. 1 den Wechsel der Rechtsverhältnisse am Grundstück nicht innerhalb eines Monats schriftlich anzeigt.

8. entgegen § 20 Abs. 2 nicht schriftlich anzeigt, daß Anlagen auf dem Grundstück vorhanden sind, die die Berechnung der Abgabe beeinflussen.
9. entgegen § 20 Abs. 2 die Neuschaffung, Änderung oder Beseitigung solcher Anlagen nicht schriftlich anzeigt.
- (2) Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße bis zu zwanzigtausend Deutsche Mark geahndet werden.

§ 23 **Inkrafttreten**

Die Abgabensatzung tritt am 01.01.1995 in Kraft.
Gleichzeitig treten die Vorschriften der Satzung der Gemeinde Rhede (Ems) über die Erhebung von Beiträgen, Gebühren und Kostenerstattungen für die Abwasserbeseitigung (Abgabensatzung für die Abwasserbeseitigung) vom 07.12.1989 (Amtsblatt für den Landkreis Emsland Nr. 31 vom 31.12.1989) in der Fassung vom 13.11.1990 (Amtsblatt für den Landkreis Emsland Nr. 32 vom 31.12.1990) außer Kraft.

Rhede (Ems), den 24.11.1994

Gemeinde Rhede (Ems)

(Hackmann)
Bürgermeister

(Lammers)
Gemeindedirektor

3. Änderung der Satzung der Gemeinde Rhede (Ems) über die Erhebung von Beiträgen, Gebühren und Kostenerstattungen für die Abwasserbeseitigung (Abgabensatzung für die Abwasserbeseitigung)

Aufgrund der §§ 6, 40 und 83 der Nds. Gemeindedordnung (NGO) hat der Rat der Gemeinde Rhede (Ems) in seiner Sitzung am 22.02.2000 folgende 3. Änderung der Satzung der Gemeinde Rhede (Ems) über die Erhebung von Beiträgen, Gebühren und Kostenerstattungen für die Abwasserbeseitigung (Abgabensatzung für die Abwasserbeseitigung) vom 24.11.1994 beschlossen:

§ 1

§ 4 Abs. 6 Buchstabe c) wird wie folgt geändert:

c) Schmutzwasser mittels Druckentwässerung 11,00 DM.

§ 2

Die Satzungsänderung tritt am Tage nach ihrer Bekanntmachung in Kraft.

Rhede (Ems), 22.02.2000

Gemeinde Rhede (Ems)

Hackmann
Bürgermeister

Lammers
Gemeindedirektor

Anlage 2 zu TOP der Sitzung des Verwaltungsausschusses am

5. Änderung der Satzung der Gemeinde Rhede (Ems) über die Erhebung von Beiträgen, Gebühren und Kostenerstattungen für die Abwasserbeseitigung (Abgabensatzung für die Abwasserbeseitigung)

Aufgrund der §§ 6, 40 und 83 der Nds. Gemeindedordnung (NGO) hat der Rat der Gemeinde Rhede (Ems) in seiner Sitzung am 00.00.2001 folgende 5. Änderung der Satzung der Gemeinde Rhede (Ems) über die Erhebung von Beiträgen, Gebühren und Kostenerstattungen für die Abwasserbeseitigung (Abgabensatzung für die Abwasserbeseitigung) vom 24.11.1994 beschlossen:

§ 1

In § 12 wird der Betrag 3,83 DM durch den Betrag 2,03 € ersetzt.

§ 2

Die Satzungsänderung tritt zum 01.01.2002 in Kraft.

Rhede (Ems), 00.00.2001

Gemeinde Rhede (Ems)

Hackmann
Bürgermeister

Lammers
Gemeindedirektor

5. Änderung der Satzung der Gemeinde Rhede (Ems) über die Erhebung von Beiträgen, Gebühren und Kostenerstattungen für die Abwasserbeseitigung (Abgabensatzung für die Abwasserbeseitigung)

Aufgrund der §§ 6, 40 und 83 der Nds. Gemeindedordnung (NGO) hat der Rat der Gemeinde Rhede (Ems) in seiner Sitzung am 13.12.2001 folgende 5. Änderung der Satzung der Gemeinde Rhede (Ems) über die Erhebung von Beiträgen, Gebühren und Kostenerstattungen für die Abwasserbeseitigung (Abgabensatzung für die Abwasserbeseitigung) vom 24.11.1994 beschlossen:

§ 1

In § 12 wird der Betrag 3,83 DM durch den Betrag 2,03 € ersetzt.

§ 2

Die Satzungsänderung tritt zum 01.01.2002 in Kraft.

Rhede (Ems), 13.12.2001

Gemeinde Rhede (Ems)

Hackmann
Bürgermeister

Lammers
Gemeindedirektor

6. Änderung der Satzung der Gemeinde Rhede (Ems) über die Erhebung von Beiträgen, Gebühren und Kostenerstattungen für die Abwasserbeseitigung (Abgabensatzung für die Abwasserbeseitigung)

Aufgrund der §§ 6, 40 und 83 der Nds. Gemeindedordnung (NGO) hat der Rat der Gemeinde Rhede (Ems) in seiner Sitzung am 16.04.2002 folgende 6. Änderung der Satzung der Gemeinde Rhede (Ems) über die Erhebung von Beiträgen, Gebühren und Kostenerstattungen für die Abwasserbeseitigung (Abgabensatzung für die Abwasserbeseitigung) vom 24.11.1994 beschlossen:

§ 1

§ 4 Abs. 6 wird wie folgt gefasst:

(6) Der Abwasserbeitrag beträgt je qm der nach den Absätzen 1 bis 5 ermittelten Beitragsfläche (Beitragsmesszahl) beim Anschluss an Abwasseranlagen zur Beseitigung von

- a) Niederschlagswasser € 1,02,
- b) Schmutzwasser € 2,56,
- c) Schmutzwasser mittels Druckentwässerung € 5,62,
- d) Schmutzwasser mittels Druckentwässerung für den Bauabschnitt „Neurheder Straße“ € 6,39,
- e) Schmutzwasser mittels Druckentwässerung für den Bauabschnitt „Hauptstraße“ € 6,90.

Der Abwasserbeitrag ist auf volle € 0,10 abzurunden.

§ 2

Die Satzungsänderung tritt am Tage nach ihrer Bekanntmachung in Kraft.

Rhede (Ems), 16.04.2002

Gemeinde Rhede (Ems)

Hackmann
Bürgermeister

Lammers
Gemeindedirektor

7. Änderung der Satzung der Gemeinde Rhede (Ems) über die Erhebung von Beiträgen, Gebühren und Kostenerstattungen für die Abwasserbeseitigung (Abgabensatzung für die Abwasserbeseitigung)

Aufgrund der §§ 6, 40 und 83 der Nds. Gemeindeordnung (NGO) hat der Rat der Gemeinde Rhede (Ems) in seiner Sitzung am 17.12.2002 folgende 7. Änderung der Satzung der Gemeinde Rhede (Ems) über die Erhebung von Beiträgen, Gebühren und Kostenerstattungen für die Abwasserbeseitigung (Abgabensatzung für die Abwasserbeseitigung) vom 24.11.1994 beschlossen:

§ 1

In § 12 wird der Betrag 2,03 € durch den Betrag 2,07 € ersetzt.

§ 2

Die Satzungsänderung tritt zum 01.01.2003 in Kraft.

Rhede (Ems), 17.12.2002

Gemeinde Rhede (Ems)

Hackmann
Bürgermeister

Lammers
Gemeindedirektor

8. Änderung der Satzung der Gemeinde Rhede (Ems) über die Erhebung von Beiträgen, Gebühren und Kostenerstattungen für die Abwasserbeseitigung (Abgabensatzung für die Abwasserbeseitigung)

Aufgrund der §§ 6, 40 und 83 der Nds. Gemeindeordnung (NGO) hat der Rat der Gemeinde Rhede (Ems) in seiner Sitzung am 22.03.2005 folgende 8. Änderung der Satzung der Gemeinde Rhede (Ems) über die Erhebung von Beiträgen, Gebühren und Kostenerstattungen für die Abwasserbeseitigung (Abgabensatzung für die Abwasserbeseitigung) vom 24.11.1994 beschlossen:

§ 1

§ 4 wird wie folgt neu gefasst:

§ 4

1) Der Abwasserbeitrag wird nach der Fläche berechnet, die sich bei der Schmutzwasserbeseitigung durch die Vervielfältigung der Grundstücksfläche mit der Geschoßflächenzahl (zulässige Geschoßfläche) und bei der Niederschlagswasserbeseitigung durch Vervielfältigung der Grundstücksfläche mit der Grundflächenzahl (zulässige Grundfläche) ergibt.

2) Als Grundfläche gilt

a) bei Grundstücken im Geltungsbereich eines Bebauungsplanes die gesamte Fläche, wenn für das Grundstück im Bebauungsplan bauliche oder gewerbliche Nutzung festgesetzt ist,

b) bei Grundstücken, die über die Grenzen eines Bebauungsplanes hinausreichen, die gesamte Fläche im Geltungsbereich des Bebauungsplanes, wenn für diese bauliche oder gewerbliche Nutzung festgesetzt ist,

c) für Grundstücke, für die ein Bebauungsplan nicht besteht und die innerhalb eines im Zusammenhang bebauten Ortsteils (§ 34 BauGB) liegen sowie für Grundstücke im Geltungsbereich einer Satzung nach § 34 Abs. 4 BauGB, die Gesamtfläche des Grundstücks; höchstens jedoch die Fläche zwischen der jeweiligen Straßengrenze und einer im Abstand von 40 m dazu verlaufenden Parallelen; bei Grundstücken, die nicht an eine Straße angrenzen oder nur durch einen zum Grundstück gehörenden Weg mit einer Straße verbunden sind, die Fläche zwischen der der Straße zugewandten Grundstücksseite und einer im Abstand von 40 m dazu verlaufenden Parallelen,

d) bei Grundstücken, die über die sich nach Buchst. a) bis c) ergebenden Grenzen hinaus bebaut oder gewerblich genutzt sind, die Fläche zwischen der jeweiligen Straßengrenze oder im Falle von Buchst. c) der der Straße zugewandten Grundstücksseite und einer Parallelen hierzu, die in einer der übergreifenden Bebauung oder übergreifenden gewerblichen Nutzung entsprechenden Tiefe verläuft,

e) bei Grundstücken, für die im Bebauungsplan sonstige Nutzung ohne oder mit nur untergeordneter Bebauung festgesetzt ist oder die innerhalb eines im Zusammenhang bebauten Ortsteiles (§ 34 BauGB) tatsächlich so genutzt werden (z. B. Schwimmbäder, Camping-, Sport- und Festplätze — nicht aber Friedhöfe), 75 % der Grundstücksfläche,

f) bei Grundstücken, die im Bebauungsplan als Friedhof ausgewiesen sind oder die innerhalb eines im Zusammenhang bebauten Ortsteiles (§ 34 BauGB) oder im Außenbereich (§ 35 BauGB) tatsächlich so genutzt werden, die Grundfläche der an die Abwasserbeseitigungseinrichtung angeschlossenen Baulichkeiten geteilt durch die Grundflächenzahl 0,2, höchstens jedoch die Fläche des Buchgrundstückes,

g) bei allen anderen bebauten Grundstücken im Außenbereich (§ 35 BauGB) die Grundfläche der an die Abwasserbeseitigungseinrichtung angeschlossenen Baulichkeiten geteilt durch die Grundflächenzahl 0,2, höchstens jedoch die Fläche des Buchgrundstückes.

In den Fällen der Buchstaben f) und g) wird die so ermittelte Fläche den Baulichkeiten dergestalt zugeordnet, dass ihre Grenzen jeweils im gleichen Abstand von den Außenwänden der Baulichkeiten verlaufen.

h) bei Grundstücken im Außenbereich (§ 35 BauGB), für die durch Planfeststellung spezielle Nutzungen zugelassen sind (z.B. Abfalldeponie), die Fläche des Grundstückes, auf die sich die Planfeststellung bezieht.

3) Als Geschoßflächenzahl gilt

a) bei Grundstücken im Bereich eines Bebauungsplanes die darin festgesetzte Geschoßflächenzahl;

b) bei Grundstücken, für die im Bebauungsplan nur eine Baumassenzahl oder nur die zulässige Höhe der baulichen Anlagen angegeben ist, die durch 3,5 geteilte Baumassenzahl bzw. die durch 3,5 geteilte Gebäudehöhe;

c) bei Grundstücken, für die in einem Bebauungsplan weder die Geschoßflächen- noch die Baumassenzahl bzw. die Gebäudehöhe bestimmt sind, der in vergleichbaren beplanten Gebieten der näheren Umgebung überwiegend festgesetzte, beim Fehlen derartiger Gebiete, der sich aus der tatsächlich vorhandenen Bebauung in der näheren Umgebung nach § 34 BauGB überwiegend ergebende Berechnungswert nach Buchst. a oder Buchst. b.

d) bei Grundstücken für die Aufgrund von Ausnahmen oder Befreiungen die Geschoßflächenzahl nach Buchstabe a oder die Baumassenzahl nach Buchstabe b überschritten werden, die tatsächliche oder die sich durch Umrechnung ergebende Geschoßflächenzahl;

e) bei Grundstücken, für die im Bebauungsplan sonstige Nutzung festgesetzt ist oder die außerhalb von Bebauungsplangebieten tatsächlich so genutzt werden (z.B. Sport-, Fest- und Campingplätze, Schwimmbäder), der Wert von 0,5;

f) bei Grundstücken, auf denen nur Garagen oder Stellplätze errichtet werden dürfen, der Wert von 0,5;

g) soweit kein Bebauungsplan besteht

aa) bei bebauten Grundstücken die tatsächlich vorhandene Geschoßflächenzahl,

bb) bei unbebauten Grundstücken die sich aus der Bebauung in der näheren Umgebung ergebende Geschoßflächenzahl;

cc) fehlt es in der näheren Umgebung an einer Bebauung, anhand derer die Geschößflächenzahl ermittelt werden kann, die Geschößflächenzahl, die sonst nach Bauplanungsrecht auf dem jeweiligen Grundstück zulässig wäre;

h) bei Grundstücken im Außenbereich (§ 35 BauGB), für die durch Planfeststellungsbeschluß spezielle Nutzungen (z.B. Abfalldeponie) zugelassen sind, bezogen auf die Fläche nach Absatz 2 Buchstabe h., der Wert von 0,5.

4) Als Grundflächenzahl gilt,

a) soweit ein Bebauungsplan besteht, die darin festgesetzte höchstzulässige Grundflächenzahl,

b) soweit kein Bebauungsplan besteht oder sich aus seinen Festsetzungen keine Grundflächenzahl errechnen lässt, die folgenden Werte:

Kleinsiedlungs- und Wochenendhausgebiete sowie Campingplätze	0,2
Wohn-, Dorf-, Misch- und Ferienhausgebiete	0,4
Gewerbe-, Industrie- und Sondergebiete i.S. von § 11 BauNVO	0,8
Kerngebiete	1,0
für Sport- u. Festplätze sowie für selbständige Garagen- und Einstellplatzgrundstücke	1,0
für Grundstücke im Außenbereich (§ 35 BauGB), für Friedhofsgrundstücke und für Schwimmbäder	0,2
für Grundstücke im Außenbereich (§ 35 BauGB), bei denen durch Planfeststellung eine der baulichen Nutzung vergleichbare Nutzung (z.B. Abfalldeponie) zugelassen ist	1,0

5) Die Gebietseinordnung gemäß Absatz 4 Buchst. b) richtet sich für Grundstücke,

a) die im Geltungsbereich eines Bebauungsplanes liegen, nach der Festsetzung im Bebauungsplan,

b) die innerhalb eines im Zusammenhang bebauten Ortsteiles (§ 34 BauGB) oder im Geltungsbereich einer Satzung nach § 34 Abs. 4 BauGB liegen, nach der vorhandenen Bebauung in der näheren Umgebung.

6) Bei Grundstücken, die im Geltungsbereich einer Satzung nach § 4 Absatz 2a sowie § 7 BauGB-MaßnahmenG liegen, sind zur Ermittlung der Beitragsflächen die Vorschriften entsprechend anzuwenden, wie sie bestehen für

a) Bebauungsplangebiete, wenn in der Satzung Bestimmungen über das zulässige Nutzungsmaß getroffen sind;

b) die im Zusammenhang bebauten Ortsteile (§ 34 BauGB), wenn die Satzung keine Bestimmungen über das zulässige Nutzungsmaß enthält, wobei dann einheitlich die Grundflächenzahl von 0,4 gilt.

7) Der Abwasserbeitrag beträgt je qm der nach den Absätzen 1 bis 6 ermittelten Beitragsfläche (Beitragsmesszahl) beim Anschluss an Abwasseranlagen zur Beseitigung von

- a) Niederschlagswasser € 1,02,
- b) Schmutzwasser € 2,56,

- c) Schmutzwasser mittels Druckentwässerung € 5,62,
- d) Schmutzwasser mittels Druckentwässerung für den Bauabschnitt „Neurheder Straße“ € 6,39,
- e) Schmutzwasser mittels Druckentwässerung für den Bauabschnitt „Hauptstraße“ € 6,90.

Der Abwasserbeitrag ist auf volle € 0,10 abzurunden.

§ 2

Die Satzungsänderung tritt am Tage nach der Bekanntmachung im Amtsblatt für den Landkreis Emsland in Kraft.

Rhede (Ems), 22.03.2005

Gemeinde Rhede (Ems)

Hackmann
Bürgermeister

Lammers
Gemeindedirektor

9. Änderung der Satzung der Gemeinde Rhede (Ems) über die Erhebung von Beiträgen, Gebühren und Kostenerstattungen für die Abwasserbeseitigung (Abgabensatzung für die Abwasserbeseitigung)

Aufgrund der §§ 6, 40 und 83 der Nds. Gemeindeordnung (NGO) hat der Rat der Gemeinde Rhede (Ems) in seiner Sitzung am 14.06.2005 folgende 9. Änderung der Satzung der Gemeinde Rhede (Ems) über die Erhebung von Beiträgen, Gebühren und Kostenerstattungen für die Abwasserbeseitigung (Abgabensatzung für die Abwasserbeseitigung) vom 24.11.1994 beschlossen:

§ 1

In § 12 wird der Betrag 2,07 € durch den Betrag 2,15 € ersetzt.

§ 2

Die Satzungsänderung tritt zum 01.07.2005 in Kraft.

Rhede (Ems), 14.06.2005

Gemeinde Rhede (Ems)

Hackmann
Bürgermeister

Lammers
Gemeindedirektor

10. Änderung der Satzung der Gemeinde Rhede (Ems) über die Erhebung von Beiträgen, Gebühren und Kostenerstattungen für die Abwasserbeseitigung (Abgabensatzung für die Abwasserbeseitigung)

Aufgrund der §§ 10, 13, 58 und 111 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) vom 17.12.2010 (Nds. GVBl. Seite 576) in der zur Zeit geltenden Fassung hat der Rat der Gemeinde Rhede (Ems) in seiner Sitzung am 01.12.2016 folgende 10. Änderung der Satzung der Gemeinde Rhede (Ems) über die Erhebung von Beiträgen, Gebühren und Kostenerstattungen für die Abwasserbeseitigung (Abgabensatzung für die Abwasserbeseitigung) vom 24.11.1994 beschlossen:

§ 1

§ 17 Abs. 3 wird wie folgt gefasst:

a) Die Gemeinde kann den Wasserverband Hümmling mit Sitz in Werlte auf Grundlage einer hierzu gesondert abzuschließenden Vereinbarung beauftragen, die Berechnungsgrundlagen für die Schmutzwassergebühren zu ermitteln, die Höhe der Schmutzwassergebühren zu berechnen, die Abgabenbescheide für die Schmutzwassergebühr auszufertigen und zu versenden sowie auch die Gebühren entgegenzunehmen (Abwasserabrechnung).

Auf der Grundlage einer solchen Vereinbarung hat Wasserverband Hümmling insbesondere folgende Tätigkeiten wahrzunehmen:

- Entgegennahme, Verarbeitung und Berücksichtigung und fortlaufende Pflege aller abrechnungsrelevanten Daten für die Abwasserbeseitigung (zentrale Schmutzwasserbeseitigung) der Gemeinde,
- Organisation und Berücksichtigung der Ablesung der von der Gemeinde zugelassenen Absetzzähler,
- Erstellung aller Bescheide zu den jeweils festzusetzenden Schmutzwassergebühren für die Gemeinde,
- Vereinnahmung der Schmutzwassergebühren sowie Überwachung und Buchen aller Zahlungseingänge einschließlich Vorauszahlungen für die Gemeinde.

Darüber hinaus obliegt dem Wasserverband Hümmling für die Gemeinde die Funktion

- als erster Ansprechpartner und Informationsgeber gegenüber den Gebührenschuldern zu agieren; dies beinhaltet auch die Übermittlung von Basisinformationen und die wesentlichen Sachverhaltsangaben zu etwaigen Rechtsbehelfen,
- den Aufwand der Abwasserabrechnungsaufgabe vom Aufwand der Wasserversorgungsaufgaben getrennt zu halten und diesen sachgerecht

jährlich auf die beauftragenden Mitglieder entsprechend der abzurechnenden „Abwasserzähler“ (Wasserzähler, Zuzähler und Absetzzähler) umzulegen. Maßgeblich ist hierfür der Zählerstand vom 31.12. des Abrechnungsjahres. Unterjährig werden quartalsweise Abschläge vom Wasserverband Hümmling in Rechnung gestellt.

b) Abweichend zu Absatz 1 können bei Beauftragung des Wasserverbandes Hümmling monatliche oder andere Zahlungszeiträume festgesetzt werden.

§ 2

Die Satzungsänderung tritt zum 01.01.2017 in Kraft.

Conens
Bürgermeister